

NWZ 14.02.2009

IG holt Politiker mit ins Boot

B212NEU Petitionen an Landtag und Bremer Bürgerschaft überreicht

Die VoN-Variante solle in das Raumordnungsverfahren aufgenommen werden. Die Planer seien vorschnell.

VON ANNIKA VOßEN

DELMENHORST – Neuen Schwung in die Diskussion um die B212neu bringen will die Interessengemeinschaft (IG) B212 – freies Deich- und Sandhausen. Zu einer Petitionsübergabe hatten die Mitglieder daher am Freitagnachmittag niedersächsische Landtagsabgeordnete und ein Mitglied der Bremischen Bürgerschaft in die Gaststätte „Lindenhof“ eingeladen. Wie IG-Sprecher Uwe Kroll betonte, sei die eigene VoN-Variante eine sinnvolle Problemlösung, bei der eine vorschnelle Ablehnung nicht gerechtfertigt sei. Das Bundesverkehrsministerium selbst habe eine B212neu mit und ohne Knotenpunkt Delmenhorst in Erwägung gezogen – nur auf der unteren Planungsebene sei man dagegen.

Mit dem ungewöhnlichen Weg zweier Petitionen wolle man eine einseitige Informierung der Politiker durch die Planer verhindern. „Es muss vermieden werden, dass die VoN-Variante wegen unzureichender Kenntnisse abgelehnt wird“, sagte Kroll. Bei der Südvariante und anderen Alternativen seien Klagen vorprogrammiert, die das ganze



Übergabe: Vertreter der Interessengemeinschaft überreichten Petitionen an Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags und der Bremer Bürgerschaft sowie an Vertreter aus Delmenhorst und Ganderkesee.

BILD: VOßEN

VERKEHRSOPTIMIERTE NORDVARIANTE

Die Planungsalternative der Interessengemeinschaft (Verkehrsoptimierte Nordvariante VoN) verzichtet auf Zu- und Abfahrten in Richtung Bremen. Der Knotenpunkt der B212neu mit der Landesstraße L875 nördlich von Deichhausen wird nur zum Teil ausgebaut.

Der Zusatzverkehr über

Delmenhorster Stadtgebiet bleibe so komplett aus, eine Entwicklungsachse über Ganderkeseer Gebiet sei hinfällig.

In Bezug auf Naturschutz sei die VoN einer Südvariante überlegen.

Unterstützt wird der Vorschlag von den Ganderkeseer Nordvereinen.

Vorhaben Jahre verzögern würden. Kernpunkt der Petitionen an den Niedersächsischen Landtag und den Petiti-

onsausschuss der Bremischen Bürgerschaft ist daher der Antrag, die Planungsvariante VoN in das laufende

Raumordnungsverfahren (ROV) aufzunehmen. Doch auch die zurzeit durchgeführte Verkehrswirtschaftliche Untersuchung (VWU) müsse in das laufende ROV aufgenommen werden. Außerdem müssten die „Ergebnisse der VWU allen am Verfahren Beteiligten zeitnah und im vollen Umfang zur Verfügung gestellt werden“.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten Ansgar Focke (CDU) und Axel Brammer (SPD) sowie Manfred Oppermann, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, lobten die sachgerechte, hochprofessionell erarbeitete Petition. Man werde versuchen, einen neutralen Blick auf die Planungen zu erreichen.